

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: (0228) 915 20-12 (Redaktion)
915 20-15

Inhalt

Dr. Klaus Hänsch MdEP bescheinigt dem Europäischen Parlament, Verantwortung bewiesen zu haben: Grünes Licht für Erweiterung der Europäischen Union.

Seite 1

Heldemarie Wlaczerek-Zeul MdB unterstreicht zum Europatag, wie wichtig ein Engagement bei der Europawahl ist: Gegen die Europamüdigkeit.

Seite 2

Prof. Dr. Ingemar Hauchler MdB fordert Politik und Wirtschaft auf, den Dialog über Entwicklungspolitik zu intensivieren: Bonn hat große Chance vertan.

Seite 4

Wolfgang Zelsig, Referent der SPD-Bundestagsfraktion, stellt die von der SPE-Fraktion vorgelegte "Charta für öffentliche Dienste" vor: Modernisierung von Staat und Verwaltung.

Seite 6

49. Jahrgang / 86

5. Mai 1994

Parlament bewies Verantwortung Grünes Licht für Erweiterung der Europäischen Union

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP
Stellvertretender Vorsitzender der SPE-Fraktion

Die Sozialdemokraten haben mit der absoluten Mehrheit des Europäischen Parlaments den Verträgen über den Beitritt Österreichs, Schwedens, Finnlands und Norwegens zur Europäischen Union zugestimmt.

Die Union nimmt vier Völker auf, die ein lange gefestigte Tradition sozialer und ökologischer Politik haben. Das wird die soziale und ökologische Dimension der Gemeinschaftspolitik verstärken.

Die nordischen Staaten sind gefestigte parlamentarische Demokratien mit viel Bürgerbeteiligung an der Politik: Das kann auch die Politik der Union demokratischer parlamentarischer und bürgernäher machen.

Und sie erweitern den kulturellen Gesichtskreis und das politische Wirkungsfeld der Union um die nordeuropäische und die mitteleuropäische Dimension unseres Kontinents und seiner Völker. Das stabilisiert die Union und ganz Europa.

Das sind Gründe genug, sie in der Union willkommen zu heißen.

Die Bedenken und Sorgen über die Erweiterung der EU, die in den Debatten der letzten Wochen vorgetragen wurden, haben wir sehr ernst genommen.

Es ist ja wahr, daß die Mitgliedstaaten die notwendige Vertiefung der EU vor der Erweiterung versäumt haben. Die Beitrittsanträge von drei der vier Staaten lagen bei Abschluß des Maastricht-Vertrages schon vor.

Aber wir durften doch die Völker, die zu uns kommen wollen, nicht dafür bestrafen, daß diejenigen, die bereits in der Union sind, ihre Pflicht nicht getan haben.

Es ist auch wahr, daß die notwendigen Reformen, die Vertiefung der Union 1996, zu sechzehn noch schwieriger werden als sie es zu zwölf schon war. Darüber soll sich niemand Illusionen machen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumemannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendete Linien
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Aber die Staaten und Regierungen, die sich offen oder verdeckt beharrlich weigern, die Union demokratische und parlamentarischer zu machen, sind doch längst Mitglied der Union: Großbritannien, Dänemark, aber auch Frankreich, um nur die unwürdigsten zu nennen.

Nichts berechtigt uns zu der Annahme, daß diese Regierungen in den nächsten sechs Monaten klüger werden.

Mit dem 'Ja' vom 4. Mai 1994 behält die Union die Chance für eine Reform 1996. Wahrscheinlich müssen die Regierungen der Zwölf, diese 12 'ungläubigen Thomasse', die Handlungsunfähigkeit der Union erst selbst fühlen, ehe sie sie glauben und sich zur Reform bequemen. Ein 'Nein' aber hätte den Beitritt von vier Völkern verhindert und doch die Vertiefung der Union keinen Schritt vorangebracht.

Unsere Verantwortung für Europa ist klar beschrieben.

Die institutionellen Probleme, die durch den Beitritt geschaffen werden, kann die Union in zwei Jahren beheben. Die Folgen, die ein 'Nein' des Europäischen Parlaments gehabt hätte, hätte Europa noch in zwanzig Jahren spüren müssen.

In dieser Lage gebot uns unsere Verantwortung für Europa zum Beitritt der Österreicher, Schweden, Finnen und Norweger ein klares 'Ja' zu sagen.

Das letzte Wort allerdings haben die Völker selbst. Sie werden in Volksabstimmungen entscheiden, ob sie Mitglied der Europäischen Union werden und Einfluß auf ihre Politik nehmen wollen.

(-/5. Mai 1994/jr/ks)

Gegen die verbreitete Europamüdigkeit Aufruf zum Europatag

**Von Heidemarie Wleczorek-Zeul MdB
Stellvertretende Parteivorsitzende und europapolitische Sprecherin der SPD**

In den Mitgliedsländern der Europäischen Union herrscht heute einerseits eine verbreitete Europamüdigkeit. Vielen erscheinen die europäischen Institutionen heute überbürokratisiert, zentralistisch und weit entfernt von den Sorgen der Menschen.

Andererseits machen sich im Lager der europäischen Konservativen, besonders in Deutschland, nationalistische Positionen bemerkbar, die die europäische Integration zurückdrehen wollen.

Dabei hätten unsere Väter und Mütter, die zwei verheerende Weltkriege erleben mußten, viel darum gegeben, wenn es damals eine europäische Zusammenarbeit gegeben hätte, die auf Kompromiß und Interessenausgleich setzt.

Wie wenig selbstverständlich es ist, in einer unsicheren Welt einen Ort der Stabilität und des Friedens wie die Europäische Union zu haben, beweist die große Zahl der beitragswilligen Staaten.

In dieser Situation ist es wichtig, möglichst viele von denen, die in der Vergangenheit ihre Kritik an der europäischen Integration geäußert haben, für ein Engagement bei der Europawahl zu gewinnen.

Ich werde mich daher bemühen, in der Zeit bis zur Europawahl unter dem nachstehenden Aufruf möglichst viele kritische Stimmen, zum Beispiel aus der Publizistik, als Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen.

Europa nicht den Antieuropäern überlassen!

Nach zwei verheerenden Weltkriegen und den Schrecken der Nazi-Herrschaft war Europa für viele eine Chiffre der Hoffnung, der Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Wohlstand. Die Entwicklung von der Montanunion über die EWG zur EG hat diese Hoffnung im großen und ganzen bestätigt: Aus alter 'Erbfeindschaft' wurde partnerschaftliche Zusammenarbeit, aus notorischer Anfälligkeit für antidemokratische Ideologien eine imponierende Stabilität demokratischer Entwicklung. Vor allem aber förderte die intensive wirtschaftliche Kooperation den Wohlstand: Westeuropa wurde - trotz aller auch hier vorhandener Niveauunterschiede - eine Zone des Reichtums und der sozialen Sicherheit, die auf ihre Nachbarn eine große Anziehungskraft ausübt.

Heute aber, da es darum geht, die entscheidenden Schritte zur politischen Union zu tun, macht sich Europa-Müdigkeit breit, sind allenthalben wieder nationalistische Töne zu vernehmen. Für viele in Europa heute nur noch ein 'bürokratischer Wasserkopf', ein 'regulierungswütiges Ungeheuer'.

Auch wir sind nicht mit allem einverstanden, was in Straßburg und Brüssel geschieht. Am Maastrichter Vertrag vermissen wir vor allem die entschlossenen Schritte vorwärts zur Demokratisierung der EU, zur Stärkung des Europäischen Parlaments. Aber wir wissen auch, daß es keinen Weg zurück zu nationalstaatlicher Politik gibt. Wer die Zukunft gestalten will, muß auf Europa setzen. Auf keinem wichtigen Politikfeld lassen sich heute im nationalen Rahmen noch Probleme lösen. Wer die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen, die soziale Sicherheit erhalten, den Schutz der Umwelt voranbringen, eine zukunftsweisende Verkehrspolitik einleiten und das organisierte Verbrechen bekämpfen will, muß dies europaweit tun, muß die politische Einigung Europas vorantreiben.

Darum können wir es uns nicht leisten, bei der Europawahl abseits zu stehen. Statt nur zu klagen über Bürokratisierung und mangelnde Demokratie, rufen wir dazu auf, diejenigen ins Europaparlament zu wählen, die sich für eine Stärkung der europäischen Demokratie, für mehr Rechte des Europaparlaments und für einen europäischen Föderalismus einsetzen. Europa ist unsere Zukunft und die unserer Kinder. Darum dürfen wir Europa nicht den Antieuropäern überlassen.

(-/5. Mai 1994/jr/ks)

Bonn hat eine große Chance vertan
Politik und Wirtschaft müssen Dialog über Entwicklungspolitik intensivieren

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nach der SPD-Konferenz "Wirtschaft und Entwicklung in Asien" in der Handelskammer Hamburg über die Beziehungen zwischen Asien und Deutschland haben wir heute im Bundeshaus bei einem Round-Table-Gespräch mit Vertretern der Wirtschaft über eine konstruktivere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik diskutiert. Aus diesen Gesprächen ergeben sich für die sozialdemokratische Politik vier wichtige Erkenntnisse:

1. Die großen Entwicklungsaufgaben der Zukunft, bei denen Tempo und Art der wirtschaftlichen Entwicklung, ökologische Vorsorge, Armutsbekämpfung und Bevölkerungsentwicklung in einem engen Zusammenhang stehen, können durch Anstrengungen des Staates allein nicht bewältigt werden.

Ohne das Engagement vieler Nichtregierungsorganisationen, aber auch von Seiten privater Unternehmen und privatem Kapital, können nicht die Investitionen vorgenommen werden, die in den Ländern des Südens und Ostens unabdingbare Voraussetzungen sind für eigenständige Entwicklung, Armutsbekämpfung und Umweltschutz.

2. Staatliche Entwicklungspolitik muß die knappen öffentlichen Mittel in Zukunft wirkungsvoller einsetzen. Der Staat sollte sich überall dort zurückhalten, wo Partner in den Entwicklungsländern eine Aufgabe selbst bewältigen können und private Initiativen und private Unternehmen dort und in unserem eigenen Lande eine höhere Kompetenz besitzen. Der Staat sollte sich nur dort direkt engagieren, wo er wirklich eine vergleichsweise höhere Leistung erbringen kann. Darüber hinaus sollte er die Leistung privater Träger und Unternehmer, sofern sie entwicklungs- und umweltpolitisch produktiv sind, verstärkt fördern.

Der ideologische Streit "Staat oder Markt" muß auch in der Entwicklungspolitik beendet werden. An seine Stelle muß eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Staat und Unternehmen treten. Nach den historischen Erfahrungen ist zu vermuten, daß der Staat im Zweifel nicht direkt in die Produktions- und Verteilungsprozesse eingreifen und selbst Unternehmen betreiben soll, sondern in erster Linie die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen und Potentiale dafür zu fördern hat.

3. Konstruktive Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft heißt allerdings nicht, daß der Staat überall dort in die Bresche zu springen hat, wo Unternehmen auf dem Weltmarkt aufgrund selbst zu verantwortender Schwächen bei Produkten und Preisen im Wettbewerb Probleme haben. In Zukunft sollte nicht die Subvention für das Einzelgeschäft, sondern die Förderung der Rahmenbedingungen für die Leistungsfähigkeit der Betriebe und die infrastrukturellen Voraussetzungen für den Wettbewerb im Weltmarkt im Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft stehen.

In jedem Falle sollte darauf geachtet werden, daß der Staat nicht in erster Linie die Großkonzerne subventioniert, sondern das breite Feld der mittleren Unternehmen dadurch un